

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Herter, Industriehalle
Niedbach-Zürich
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Weile
nach der Schweiz folgt
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnements

werden nur beim Verlag und
beim bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wortjahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Internationales Organ

der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Nr. 26.

Sonntag, 27. Juni.

1880.

Isis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verboten wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, z. B. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Verkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmenge vernachlässigt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftlich adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Zusendungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich jedoch größere Sicherheit Kommandirungen. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements - Einladung.

Wir empfehlen hierdurch unser außerhalb des Reichsbereichs der deutschen Polizei und ihrer gleichgesinnten Kolleginnen erscheinendes Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Unserer Partei und ihren Forderungen die notwendige Vertretung in der Presse zu geben, welche ihr ein über die Massen insames Ausnahme-Gesetz in Deutschland unmöglich macht; die Parteigenossen allerorts zu sammeln und in ununterbrochene Verbindung untereinander und mit der sozialistischen Bewegung aller Länder zu setzen; sie von den Schandthaten unserer Gegner zu unterrichten und auf deren Anschläge rechtzeitig aufmerksam zu machen; sie prinzipiell zu festigen und aufzuklären und über die politische Lage und die von der Partei derselben und den einzelnen Vorkommnissen gegenüber einzunehmenden Stellung auf dem Laufenden zu erhalten; mit Einem Wort, die den Marsch der Partei in der Finsternis der heutigen maßlosen Unterdrückung zur nahen Morgenröthe der Erlösung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft, des Zusammenbruchs der heutigen scheußlichen Staats- und Gesellschafts-„Ordnung“ und der beglückenden Herrschaft des Sozialismus anzeigende Heeresführung zu sein; das ist die wichtige Aufgabe unseres Parteiorgans!

Es ist deshalb im Interesse und der Pflicht jedes Parteigenossen, auf's eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt und straflos.

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdemokrat“ beträgt vierteljährlich: für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt allwöchentlich unter verschlossenem Kuvert versandt wird; für die Schweiz 2 Franken, für alle anderen Länder des Weltpostvereins 2 Franken 50 Rappen (unter Kreuzband). Dieser Preis kann indessen, namentlich auch in Deutschland, um ein Ansehenliches ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unerbittliche Empfangsadressen gewöhnt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Verteilung auf die abonnierten Genossen vorsichtig geschieht, dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesamtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen, welche die Post leichter ausfindig machen kann und in solchem Fall dann ohne Gewissensbisse flieht. Auf alle Fälle muß der von hundert und tausend Lumpenhunden aller Gattungen bedienten Polizei gegenüber alle Vorsicht angewendet werden, um ihr ihr Spiel zu verderben.

Wir ersuchen, sowohl Wieder- als Neu-Abonnements möglichst umgehend zu bewirken, da unsere durch den systematischen Briefdiebstahl und Briefbruch der deutschen und österreichischen Post bedingte komplizierte Beförderungsart viele Zeit wegnimmt und deshalb bei späterer Bestellung Verzögerungen in der Zusendung unaussprechlich wären.

Parteigenossen! Sammelt euch um eure Fahne und benutzt die euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rühmig und thut eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

An unsere Parteigenossen!

Die Rede, welche der Herr Abgeordnete Hasselmann in der Sitzung des Reichstages vom 4. Mai dieses Jahres anlässlich der dritten Beratung der Vorlage zur Verlängerung des Sozialistengesetzes gehalten hat, nötigt uns zu einer kurzen Auseinandersetzung.

Zu jener Sitzung hat Herr Hasselmann am Schluß seiner Rede nach dem demographischen Bericht gesagt: „Ich bedaure es, daß die russischen Anarchisten seiner Zeit hier auf der Tribüne von Seiten einiger Sozialisten als eine uns fremd gegenüberstehende Partei hingestellt sind. (Hört! hört!)“

Ich für meine Person akzeptiere diese Gemeinschaft. Für meine andern Herren Kollegen kann ich allerdings diesbezüglich hier nicht sprechen.

Es ist aber tief in das Bewußtsein des Volkes die Idee eingedrungen, daß die Zeit der parlamentarischen Schwächen vorüber ist und die Zeit der Thaten beginnt.“ (Hört! hört! Lachen.)

Diese Worte bedeuten eine Loslösung von der Partei und speziell von uns. Wir akzeptieren diese Loslösung mit Vergnügen. Sie trägt dazu bei, Klarheit in unseren Reihen zu schaffen, was jetzt vor allem Noth thut, und entfernt einen Menschen aus der Partei, der ihr vom ersten Tag der Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Kongress des Jahres 1879 an nur widerwillig der der Öffentlichkeit angehörende und insgeheim fortwährend und planmäßig gegen sie intrigante und kompromittierte.

Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands und Gründung einer Partei Hasselmann — das war das Ziel, welches Herr Hasselmann, seinem Wesen entsprechend, durch Klüfte und Verleumdungen aller Art auf Schleichwegen zu erreichen suchte.

Wir erinnern die Parteigenossen an die Vorgänge auf dem Parteitagessitz zu Gotha im Jahre 1876. Nachdem dort beschlossen worden war, daß die beiden damals bestehenden Zentralorgane, der „Neue Sozialdemokrat“ und der „Vorkämpfer“ eingehen und an deren Stelle ein einziges Zentralorgan, der „Vorkämpfer“ treten sollte, wurde der Vorschlag gemacht, die Redaktion des neuen Zentralorgans den Herren Hasselmann und Liebkecht zu übertragen.

Zur allgemeinen und peinlichsten Ueberraschung lehnte Herr Hasselmann unter den wichtigsten Vorwänden die Theilnahme an der Redaktion ab. Weiterblickende durchschauten das Motiv. Beim Nebeneinanderarbeiten mit Gleichberechtigten wäre die Fortsetzung des alten Intrigenspiels unmöglich gewesen und zu ehrenhaftem Zusammenwirken im Interesse der Partei konnte Herr Hasselmann sich nicht entschließen.

Aus einer ganzen Serie eigenhändig von ihm geschriebener Briefe, die uns von dem Adressaten im Original mitgeteilt worden sind, erhellt zur Evidenz, daß Herr Hasselmann die Zeit vom Gothar Kongress bis zur Ausführung des oben erwähnten Beschlusses, 1. Oktober 1876, zur Vorbereitung für die Gründung der „rothen Fahne“ benutzte, die, wie aus diesen Briefen aufs unzweideutigste hervorgeht, auf die Spaltung der Partei berechnet war.

Wie lassen einige Auszüge aus den Briefen hier folgen.

Am der „rothen Fahne“ auf die Beine zu stellen, schreibt Herr Hasselmann in einem Briefe an einen Freund im Wuppertal, Anfang September 1876:

„Es ist meines Erachtens durchaus nöthig, während der nächsten Reichstagsession irgend eine Aussen machen zu lassen, die die Reichstagsrede zu halten und dann die Reisekarte soweit anzusetzen, daß ich mit den Kassallanern außerhalb nicht jede Fühlung verliere. . . Die Probenummer (der „rothen Fahne“) muß bis zum 15. d. M. gedruckt sein, damit ich am Sonnabend den 16. September 6000 Exemplare dem „Neuen Sozialdemokrat“ als Probenummer beilegen kann. Es loht mir Alles darauf an, daß mir dies nicht hintertrieben wird, und deshalb muß die Herausgabe dieses Blattes noch geheimnisvoll bleiben. Sobald nämlich die Hamburger (der damalige Parteivorstand) dies erfahren, sehen sie sich mit der Expedition (der Berliner Genossenschaftsdruckerei) in Verbindung und hinterreiben die Verbreitung.“

Wie ihm die Hinterziehung des Parteivorstandes gelang, darüber schreibt Herr Hasselmann am 21. September an denselben Freund im Wuppertal also:

„Eben mit Ach und Krach expedirt. Die Berliner wollten nicht belegen und vertrieben sich hinter den Hamburger. Letztere schickten Telegramm, daß ich erst unterschreiben sollte, die „Fahne“ am 1. Januar eingehen zu lassen (Herr Hasselmann hatte nämlich den Berliner ausdrücklich sein Wort gegeben, die „rothe Fahne“ solle nichts weiter als ein Wahlkampfblatt zu dem am 10. Januar 1877 stattfindenden Reichstagswahl sein und bloß in 13 wöchentlichen Nummern bis zum 1. Januar erscheinen — eine absichtliche und vorbedachte Uge, dem an die Erfüllung jenes Versprechens auf Antwort hatte er, wie der nachstehende Satz beweist, nie gedacht, was ich nie unterschrieben hätte. Glücklicher Weise konnte das Telegramm eine Stunde zu spät und es war gerade expedirt.“

Die Parteigenossen wissen, daß, wenn die „rothe Fahne“ schließlich doch einging, dies gegen den Willen des Herrn Hasselmann geschah und einzig und allein dem gesunden Sinn der ungeschunden Mehrheit der Parteigenossen zu verdanken war, die das Unternehmen entweder von Anfang an nicht unterföhnten oder die Unterföhung zurückzogen, als sie merkten, worauf es abgesehen war.

Herr Hasselmann war nach dem Hinsio mit seiner „rothen Fahne“ genöthigt, sich mit aller Macht auf die lokalen Parteiorgane im Wuppertal zu werfen, die er aber, da ihm das Intriguen über das Redigieren ging, allmählich — todt redigirte. Obgleich das Wuppertaler Druckerei-Unternehmen seitens der Partei nur mit den schwersten Opfern erhalten werden konnte und erhalten wurde, schreibt Herr Hasselmann in einem späteren Briefe: „Den unangenehmsten, dem Geduldsart betreffend, kann ich allerdings leider nicht rathen, auf die sogenannte Partei das Mindeste zu bauen.“ Und mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen wird dann noch der Rath gegeben: „Endlich bitte ich Sie, dahin zu wirken, daß, wenn Delegation gewählt werden, nur alte, feste, unbestechliche Kassallaner im Wuppertal Mandate erhalten; es ist wichtiger wie Ihr denkt.“ Dieser, in den Briefen immer wiederkehrende Appell an die „Kassallaner“, der auch in Hasselmann's letzter Reichstagsrede wieder erscheint und mit der zur Schau getragenen „anarchistischen“ Gesinnung im allerschroffsten Widerspruch steht, verräth, was Herr Hasselmann bezweckte und noch bezweckt.

Wir verzichten darauf, weitere Stellen aus den uns zur Verfügung stehenden Briefen zu zitiren; wir behalten uns dies für eine andere Gelegenheit vor. Nur ein Passus sei noch erwähnt, der eine Beschimpfung der Gesamtpartei enthält. Er lautet: „Wie gefällt Euch die Probenummer des „Kassallaners“ (soll heißen „Vorkämpfer“), Zentralorgan der Spielbürger Deutschlands?“

So schrieb der „Parteigenosse“ Herr Hasselmann vor vier Jahren. In demselben Stille und in derselben Weise hat er bis heute fortgehebt und fortintriguet, er, der nur den Rath fand, auf der Reichstagstribüne, wo keine Gefahr für ihn vorhanden, von Zeit zu Zeit eine „Aussen machende Rede zu halten“, der aber mit der ihm charakteristischen Habensherzigkeit, die er für maßberechnete Klugheit ausgibt, in ein Wankeln leicht, wenn es gilt, unter persönlicher Verantwortlichkeit und Gefahr dem Feinde die Stirn zu bieten.

Getreu seinem Naturell hat Herr Hasselmann sich schon von uns fern gehalten — das böse Gewissen ließ ihn in keinem offenen Wort, zu keinem christlichen Händedruck mit seinen Partei- und Fraktionsgenossen kommen.

Kaum war das Sozialistengesetz proklamirt, so begann Herr Hasselmann unter der Deckung dieses Ausnahmegesetzes, durch welches der Partei schuldig gemacht, mit frischen Kräften das alte Intrigenpiel. Als in Berlin unsere Unternehmungen schrittweise verboten waren und die Berliner Genossenschaft sich in der schlimmsten Nothlage befand, ward berathen, was nun zu thun sei. Herr Hasselmann sah dabei und — schweig. Man versuchte es mit neuen Unternehmungen. Nachdem auch diese durch die Polizei unterdrückt worden, war es Herr Hasselmann, der hinterwärts, ohne sich mit den Parteigenossen zu verhalten, ja ohne den Rücksichtenden auch nur ein Wort zu sagen, auf eigene Faust vorging und privatim ein farbloses Vorkämpfer („Berlin“) gründete, vermittelst dessen er in seinem persönlichen Interesse die Erbschaft der Berliner Freiheit Presse mit ihren 15,000 Abonnenten zu erschließen hoffte. Daß dies mißglückte, ist nicht seine Schuld. Er hat sich redlich bemüht.

Aus Berlin durch den Belagerungszustand ausgewiesen, siedelte Herr Hasselmann nach Hamburg über. Dort gründete er ein Unterhaltungsblatt „Wald auf“, von dem man annehmen durfte, daß er es zu seinem Lebensunterhalt gegüllet habe. Aber das genügte ihm nicht. Bei Beginn der neuen Reichstagsession im Februar 1879 nach Berlin zurückgekehrt, betrieb er von Neuem, ohne irgend einem von uns, nicht einmal dem Vertreter Berlin's, Frißche, auch nur ein Wort mitzutheilen, die Gründung eines zweiten, und politischen Blattes, der „Deutschen Zeitung“. Von untheiliger Seite aufmerksam gemacht, verlangten wir, daß er sich in der Fraktionsführung über dieses eigenhändige Benehmen ausspreche, und gaben, da er trotz wiederholter Einladung nicht erschien und unter allen möglichen Ausflüchten einer Zusammenkunft sorgfältig auswich, damals jene Erklärung ab, daß wir an der Gründung der „Deutschen Zeitung“ untheilhaftig seien.

Eine Anzahl Berliner Genossen, meist spezielle Freunde des Herrn Hasselmann, die eine Spaltung um jeden Preis zu vermeiden und eine Ausöhnung herbeizuföhren wünschten, veranlaßten hierauf eine Zusammenkunft, in welcher man sich sehr gründlich gegenseitig aussprach, und die damit endigte, daß alle Anwesenden einstimmig mit Herrn Hasselmann bestimmte Verpflichtungen auferlegten, die er annahm und — nicht erfüllte!

Rekremats wurde ihm der Termin verlängert, bis zuletzt das Noth unserer Geduld erschöpft und der Bruch nun unvermeidlich war. Der Bruch wurde jedoch aus nahe liegenden Rücksichten noch nicht öffentlich vollzogen. Er betrauerte sich den Parteigenossen zunächst dadurch, daß wir unsern vorläufigen Reichenschaftsbericht ohne Hasselmann's Unterföhung veröffentlichten, nachdem Hasselmann den letzten — bis zum 1. Oktober ausgedehnten — Termin hatte verschieben lassen, ohne die drei Monate vorher eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Herr Hasselmann suchte durch geheime Intrigen und fortgesetzte verfehlte Angriffe in der von ihm redigirten „Deutschen Zeitung“, (beiläufig bemerkt ist das Organ des „revolutionären Sozialisten“ ein so jähmeh Pflückerblatt, daß selbst der gemäßigtere Nationalliberale die Noth zu gewisslos finden würde), den Parteigenossen zu untergraben, und uns zu diskreditiren. Wie wenig ihm dies insofern gelang, dafür spricht der beständig sinkende Verkauf seiner literarischen Unternehmungen.

Bei Beginn der diesjährigen Reichstagsession wurde auf's Neue aus unserer Mitte das Verlangen laut, gegen Herrn Hasselmann mit einer öffentlichen Erklärung vorzugehen. Auch jetzt noch glaubte die Mehrheit unserer Parteigenossen, daß Herr Hasselmann in dem gegenwärtigen Annahmestande jeden Schritt vermeiden zu müssen, der öffentlich einen Bruch blosslegte, der allerdings thatsächlich bestand. Was von unserer Seite vermeiden wurde, hat Herr Hasselmann durch seine Rede vom 4. Mai selbst provoziert. Das Faktum ist nun auch öffentlich zwischen uns zer schnitten, und für alle deutsche Sozialisten das Signal gegeben, sich zu entscheiden. Die Zeit des Schwankens und Vermittelns ist vorüber. Sie Hasselmann, die sozialistische Arbeiterpartei, **entwerfen, aber!**

Herr Hasselmann bezeichnet sich in seiner Rede als „revolutionären Sozialisten“. Nun, revolutionär ist die Sozialdemokratie ihrem ganzen Wesen nach, und ist es nur demagogisches Brunnwasser, wenn Herr Hasselmann sich speziell diesen Titel beilegt, durch welchen er sein Haupt mit einem besonders robitalen Kimbus zu schmücken hofft.

Herr Hasselmann desavouirte dann die auf der Reichstagstribüne gesallenen Aeußerungen Bebel's und Bahleith's betrefsend der russischen Anarchisten, indem er sagte: „Ich bedaure, daß die russischen Anarchisten hier auf der Tribüne von Seiten einiger Sozialisten als eine uns fremd gegenüber stehende Partei hingestellt sind, ich für meine Person akzeptiere diese Gemeinschaft.“

Herr Hasselmann treibt hier ein kleines Taschenspielerstückchen. Unsere Redner sprachen von den Anarchisten, Herr Hasselmann spricht von den Anarchisten und thut, als hätten wir diese speziell gemeint. Unter dem Namen „Anarchisten“ begreift man in Russland die gesammten, gegen das gegenwärtig in Russland herrschende System in Opposition stehenden Richtungen; die Anarchisten bilden nur einen sehr kleinen Theil derselben und sind den deutschen Sozialisten bekannter unter dem Namen der Bakunisten. Jedemfalls ist der Anarchismus, gegen den wir uns verwahrten, ein spezifisch russisches Gewächs und hat mit dem deutschen Sozialismus absolut nichts gemein, wenn auch nicht geteilt werden soll, daß in der nihilistischen Bewegung auch Sozialisten mit thätig sind. Durch seine Bemerkung gegen Bebel und Bahleith verdröh Herr Hasselmann neben seinem demagogischen Jesuitismus eine wahrhaft haarsträubende Unwissenheit. Er hat keine Ahnung vom Nihilismus und der nihilistischen Bewegung.

Indem Herr Hasselmann sich nun aber zum Anarchismus bekennt, zeigt er, daß es für seinen demagogischen Eifer keine Schranke der Logik und des gesunden Menschenverstandes gibt. Der Anarchist Hasselmann ist nämlich, was er bei tausend Gelegenheiten behauptet und in seiner „Thaten“-Rede wiederholt hat, par excellence Kassallaner, Kassallaner und Anarchist in einer Person, das ist aber gerade so widersinnig wie die jamaole „Republik“ mit dem Herzog.

Der Kassallanismus, als dessen strengster, orthodoxer Vertreter sich Herr Hasselmann mit Vorliebe hinstellt — darum sein fortwährender Appell an die „alten, festen, unbestechlichen Kassallaner“, wie Herr Hasselmann in seinem oben zitierten Brief sich ausdrückt — vertritt die absolute Staatsomnipotenz, die strengste Zentralisation, die Unterordnung des Individuums unter die von der Centralgewalt angeordneten Anordnungen. Der Anarchismus dagegen will die Auflösung des Staates, die vollkommene Dezentralisation, den Föderalismus bis zur atomistischen Zerfälligkeit, die absolute Unabhängigkeit des Individuums von jeder regierenden Gewalt.

Diese zwei Richtungen bedeuten also die diametralen Gegensätze, und es ist wahrhaftig eine Beleidigung der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, daß Herr Hasselmann glaubt, ihnen ein solch wüthes, widersinniges Phrasengemisch bieten zu dürfen. Sie werden ihm die gebührende Antwort auf diesen zynischen Appell an den „Unverstand der Massen“ ertheilen.

Noch ein Moment kommt in Betracht.

Herr Hasselmann hat in Folge seines Treibens in der deutschen Sozialdemokratie mehr und mehr Boden verloren und empfindet das Bedürfnis, im Auslande, wo man ihn nicht kennt und seine Notomantien für Ernst nehmen könnte, sich einen Rückhalt zu erobern, den er im Inlande eingebüßt hat; da galt es denn, sein altes Rezept anzuwenden und — eine Aussen machende Reichstagsrede zu halten. Das ist Alles!

Herr Hasselmann sagt weiter, daß die Zeit der parlamentarischen Schwänze vorüber ist und die Zeit der Thaten beginnt.“

Nun, wir hören nie an die Wunderkraft des parlamentarischen Schwagens gewandt, seit wir politisch tätig sind, vor dem parlamentarischen Schwagen gewandt, um nicht zu sagen, als Herr Haffelmann es in seiner agitatorischen Wirksamkeit seit 13 Jahren gehabt, diesen Standen an den Parlamentarismus gelehrt, hat keiner eifriger als er die gesetzliche Lösung der sozialen Frage durch das allgemeine Stimmrecht vertreten.

Es ist hier nicht der Platz, die Frage der Parteitaktik des Nächsten zu erörtern. Wir verweisen die Genossen auf unsere Reden im Reichstag und auf den vorjährigen Reichstagsbericht. In unserem Reichstagsbericht über die letzte Session werden wir uns darüber weiter aussprechen.

Wenn nun Herr Haffelmann nachträglich zu der Erkenntnis gekommen ist, daß auf dem parlamentarischen Weg das Heil nicht zu finden ist, so ist das für ihn ein Fortschritt; aber eitel Gesunkenes ist es, wenn er erklärt: „Die Zeit parlamentarischen Schwagens ist vorüber, die Zeit der Thaten beginnt.“

Herr Haffelmann ist nicht gewillt, nach Art der russischen Nihilisten mit Dsch und Revolver zu arbeiten, oder nach Art der französischen Sozialisten „in die Straße zu steigen“ — für das Eine, wie für das Andere fehlt ihm das Nothwendigste — der Muth.

Man sei unbesorgt: Herr Haffelmann wird Herr Haffelmann bleiben, und wer Thaten von ihm erhofft oder befürchtet, hat seine Rechnung ohne Herrn Haffelmann gemacht und kennt diesen Herrn schlecht. Eine Erklärung, wie Herr Haffelmann sie am 4. Mai v. J. im Reichstag abgegeben, gibt ein Raun nur in dem Moment ab, wo er entschlossen ist, sofort zur ultima ratio: zur Gewalt sans phrase seine Zuflucht zu nehmen und, des „parlamentarischen Schwagens“ satt, mit der Fliete zu kämpfen.

Wer nach einer solchen Erklärung nicht losläßt, dokumentirt sich selbst dadurch als einen parlamentarischen Schwäger der schlimmsten Sorte.

Wollte oder konnte Herr Haffelmann nicht „Thaten“ im anarchistisch-nihilistischen Sinne ausüben, so mußte er doch mindestens das thun, was die Logik als das Geringste und Selbstverständlichste von ihm forderte: d. h. er mußte unmittelbar nach seiner Erklärung das Mandat niederlegen. Indem Herr Haffelmann nach dieser Rede sein Mandat behielt, hat er für den Wähler mit Händen greifbar bewiesen, daß es ihm lediglich um „eine Ansehen machende Reichstagsrede“ zu thun war, also um einen demagogischen Schauspielerlauf, von dem Niemand Nutzen hat, als — die Polizei.

Kuriositätshehler sei erwähnt, daß Herr Haffelmann, nachdem er die rote Fahne im Reichstag so tapfer geschwenkt hatte, sie beim Verlassen des Reichstagsgebäudes vorsichtig in die Tasche steckte und nicht einmal die Kourage hatte, seine „Thaten“-Rede in seinem eigenen Blatt abzudrucken. Er hat sie darin bis zur Unkenntlichkeit entstellt; er hat sie säubere kasstrirt! Das war die erste „That“.

Der Zeitungsdirektor Haffelmann deckt leider nicht das Mandat des Abgeordneten Haffelmann.

Wenig. Wir haben keine Lust mehr, mit einem solchen Menschen auch nur in der entferntesten Gemeinschaft zu stehen.

Wir weisen hiermit offen und rückhaltlos jede Zusammengehörigkeit mit Herrn Haffelmann von uns und ermarken, daß die Parteigenossen, welche sich an einzelnen Orten durch die Mäute des Herrn Haffelmann haben betören lassen und über seinen Charakter und seine Ziele noch nicht zur Klarheit gelangt sind, nach dieser streng wahrheitsgetreuen Darlegung jede Verbindung mit ihm abbrechen werden. Wer gegen die sozialistische Arbeiterpartei ist, der trenne sich von ihr! Wir verlangen reine Bahn. Wer nicht für uns ist, ist wider uns.

Zum Schluß noch einige Worte bezüglich unserer Stellung zu Herrn Rost. Nachdem Rost aus Bismarcks Entlassung worden war, hatte er anfänglich die Absicht auszuwandern, er änderte jedoch bald seinen Plan und wollte in Deutschland bleiben, um nach wie vor im Rahmen der Partei zu wirken. Er war sogar entschlossen, gleich denjenigen, welche er jetzt in seinem Blatt mit dem Schimpfwort „Geschäftssozialisten“ bezeichnet, eines der „farblosen Blätter“ zu redigieren, die seitdem so sehr seinen Grimm erregt haben. Zu diesem Zweck hatte er in Hamburg bereits einen Preis an Brade aufgesetzt, als ihm mitgeteilt wurde, daß die Polizei ihn suche, wahrscheinlich wegen seines Uebersiedler-Prozesses. Nun geht es ihm in London um die Handlung „The Last Days of Pompeii“ an Brade nicht ab, sondern entschloß sich sofort, nach America auszuwandern — was ihm, im Vorbeigehen bemerkt, nicht als Freigabe angerechnet werden soll.

In London angekommen, änderte er abermals seinen Entschluß und blieb dort. Er bekam den Reaktorposten an der vom Londoner Arbeiterbildungsverein herausgegebenen „Freiheit“. Von der Gründung dieses Blattes, das doch wesentlich auf Deutschland berechnet war, erfahren wir erst, als sie bereits vollendete Thatsache war; kein Wort der Befehdung, keine Aufforderung, für das Unternehmen thätig zu sein, wurde an uns oder andere bekannte Genossen gerichtet — eine Rücksichtslosigkeit, für die wir ausschließlich Herrn Rost verantwortlich machen.

Nicht lange, so benutzte Herr Rost die ihm eingeräumte Stellung zu den gefährlichsten Angriffen auf unsere parlamentarische Thätigkeit und erging sich in Schimpfereien auf unsere Personen. Das sei seiner hochgradigen Neurostidat gern verziehen.

Die angewohnte Sicherheit vor Polizei und Staatsanwalt, in der Herr Rost sich in London „hübsch weit vom Schuß“ befand, verteidete ihn aber auch zur Annahme einer Haltung und zur Befürwortung einer Taktik, deren Verfolgung seitens unserer Partei in Deutschland zum offenkundigen Schaden der sozialdemokratischen Sache und zum Triumph der Reaktion hätte auswirken müssen.

Herr Rost hat in London nicht wie ein seiner Verantwortlichkeit bewußter Parteimanu gehandelt, sondern wie ein schwacher, unbesonnener Mensch, der jeder Laune nachgibt, jeder Leidenschaft die Felle schiefen läßt.

Wenn nun derselbe Herr Rost, der für die bisherige Thätigkeit der Partei bei den Wahlen, zuletzt bei der Hamburger Wahl, nichts als Spott und Hohn hatte, neuerdings sich bereit erklärt hat, eine Kandidatur für den Reichstag anzunehmen, die ihm von einigen, durch den Belagerungsstand zu extremen Einflüssen gedachten Sozialisten des fünften Berliner Wahlkreises offerirt wurde, so ist dieser komische Widerspruch auf Rost's eigenthümliche Heftigkeitsverfassung zurückzuführen, die ihm nicht erlaubt, logisch zu sein, und noch weniger eine Gelegenheit zur Herabdrängung seiner Person vorübergehen zu lassen. Wir haben nicht erst nöthig, zu versichern, daß diese Kandidatur uns fremd ist.

Wir hehen den Rost'schen Taktiken und Inkongruenzen gleich fern, wiederum demagogischen Intriguen und Hegeereien des Herrn Haffelmann.

Zum Schluß sei noch auf die Thatsache aufmerksam gemacht, daß die reaktionäre sozialisteneidliche Presse aller Schattierungen mit Einmüthigkeit für die Herren Haffelmann und Rost Partei ergreift. Das sollte doch wahrlich jedem Parteigenossen, der etwa noch schwankte, den letzten Zweifel benehmen.

Genug. Unsere Genossen wissen nun, woran sie sind. Wir hehen einfach auf dem Boden des alten Parteiprogramms und werden unentwegt auf der Bahn weitergehen, welche die Pflicht und das Parteiinteresse uns vorzeichnen. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Anfang Juni.
J. Auer. K. Bebel. F. W. Frigliche. W. Halenleber. M. Kayser. W. Nieblich. J. Sahlreich. W. Wiemer.

Unser Kollege Hartmann verurtheilt gleich uns die letzte Rede Haffelmanns, hat aber seine Unterschrift nicht gegeben, weil er die Erklärung für ungenügend hält.

Die Obigen.

Die letzten Wahlen in England und ihr voraussichtliches Ergebnis.

(Schluß.)

Auf die Auflösung folgte Lord Beaconsfield's Manifest, welches ein weiterer großer Fehler war. In der Erwartung, in England und Schottland eine feindliche Gesinnung gegen das zertretene Volk in Irland zu erwecken, reizte er die irische Bevölkerung in

ihrer ganzen Masse aufs äußerste auf. Und die gemachte Anwendung, Beaconsfield sei unentbehrlich für den Frieden in Europa, erregte sogar noch in vielen seiner Freunde ein Gefühl von Widerwillen. So war der Sturz Beaconsfield's unvermeidlich. Ich komme nun zu den Wahlen. Indem ich die drei großen Abtheilungen der Parteien beibehalte, finde ich, daß ihr Resultat folgendes war:

	Wahlen von 1874		
	Liberal	Konservative	Home Rulers
England und Wales	196	292	—
Schottland	42	18	—
Irland	11	33	59
	249	343	59

	Wahlen von 1880		
	Liberal	Konservative	Home Rulers
England und Wales	285	304	—
Schottland	53	7	—
Irland	13	25	65
	351	236	65

Die Uebersahl der Liberalen über die Konservativen beträgt 115, über die Konservativen und Home Rulers zusammen 50. Die Liberalen haben also eine zuverlässige Majorität von wenigstens 50 Stimmen.

Ich will hier eine kurze Stelle aus dem „Standard“, einem entschiedenen konservativen Blatt, über das Ergebnis der Wahlen zitiren. Er schreibt unterm 16. April: „Wenn je ein Ministerium sich rühmen kann, zu seinem Amte und seiner Macht durch die Stimmen des Volkes gelangt zu sein, so kann es dasjenige, welches berufen ist, binnen kurzem das Cabinet Beaconsfield zu ersetzen. Seine Verantwortlichkeit wird im gleichen Maße groß sein. Man erwartet von ihm, daß es sowohl in inneren wie äußeren Angelegenheiten die gerechten Erwartungen erfüllen werde, welche das englische Volk hegt, ohne dessen Vorurtheile zu verletzen.“ Das war eine wichtige Ankündigung von einem leitenden konservativen Organ ersten Ranges.

Betrachten wir nun, welches die wahrcheinliche Politik des neuen Ministeriums sein wird. Was dürfen wir angesichts seiner zuverlässigen Majorität, die es von den Home Rulers unabhängig macht, von der neuen liberalen Regierung erwarten? Erwägen wir vor Allem die auswärtsige Politik. Es ist wohl bekannt, daß sich Gladstone nur wenig um die türkische Herrschaft in Europa kümmert. Seine Sympathien gehören in ausgebreitetem Maße den Völkern der Balkanhalbinsel. Aber noch besteht der Berliner Vertrag als eine internationale Abmachung zu Recht. Und Gladstone hat nicht den moralischen Muth, diesen Vertrag wegen seiner zahlreichen Fehler zu verurtheilen; er besißt nicht den Muth und die erforderliche Kühnheit, diesen Vertrag im Namen der Gerechtigkeit zu verwerfen, mit den großen Militärdespoten des Continents zu brechen und den Krieg für die Befreiung der Unterdrückten, ohne Rücksicht auf Glauben und Rasse, zu erklären. Andererseits kann er weder Oesterreich noch Rußland die Hand reichen und ihren Anwachsen ruhig zusehen. Er muß daher versuchen, einen Mittelweg einzuschlagen zwischen den Extremen der Militärdespoten einerseits und dem der Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit der unterdrückten Völker andererseits. Seine Politik wird also eine Kompromißpolitik sein. Sie wird sich durch die Verhältnisse, nicht durch die Prinzipien bestimmen lassen. Sie wird auf eine Waghalsigkeit der Tyrannen hinielen, nicht auf Herstellung freiheitlicher, auf Gerechtigkeit beruhender Zustände. Eine solche Politik kann unmöglich eine glückliche sein. Sie wird die Despoten beunruhigen, ohne die Völker zu befriedigen. Sie wird die Hoffnungen der Unterdrückten wachrufen, ohne sie zu erfüllen.

Wenden wir aber auf die Zusammenfassung des neuen Unterhauses, so erkennen wir leicht, daß die Regierung nur Kompromißpolitik treiben kann. Im neuen Hause sind Armee und Flotte durch 130 Mitglieder vertreten, der Beamtenstand durch 135, die Advoakaten durch 118, das Gewerbe durch 18, die Kaufleute durch 64, das Großkapital durch 115, die Richter durch 6, die Lohnarbeiter durch 4, indeß 40 Söhne von Peers (Oberhausmitglieder) des Königreichs Sitze im neuen Parlament haben. Es wäre eine Thorheit, eine andere als eine opportunistische Politik von einem solchen Parlament zu erwarten.

Sehen wir uns die Maßregeln an, die man bereits ins Werk gesetzt, so ist nicht eine darunter, die auf irgend einem Prinzip beruhte. Die Bill zur Amendirung der Spielgesetze ist z. B. einer der schwächlichen Kompromisse. Da man nicht den nöthigen Muth besißt, sie ganz abzuschaffen, führt man einen Gesehbau nur halb auf, in der Hoffnung, er werde schon eine Weile stehen bleiben und man werde dankbar für den bewerkstelligten Fortschritt sein. Dasselbe kann von der Begräbnißbill gesagt werden, die man im Oberhause eingebracht hat. Auch sie ist bloß ein Kompromiß und nicht eine Lösung der Frage.

Das Dalpplischgesetz (Employers Liabilities Bill) gehört ebenfalls in diese Gattung. Es ist nichts als ein Tappen im Finstern (a steps in the night direction). Es ist eine opportunistische Maßregel und noch dazu eine sehr erbärmliche, welche nur eingebracht wurde, weil die Gesezgebung sich ihr nicht länger verschließen konnte. Aber nicht einmal in ihrer jetzigen verkümmerten Gestalt wird man sie annehmen. So schwächlich der Gesezentwurf ist, so hat er doch die Befürchtungen und die Opposition der Unternehmer im ganzen Königreiche hervorgerufen, indeß er nicht weit genug geht, um die arbeitenden Klassen zu befriedigen. Aber erbärmlich und unbefriedigend, wie er ist, wird er noch weitere Abschwächungen erfahren, bevor er zum Gesez wird, es sei denn, daß die arbeitenden Klassen einmal eine entschiedene Miene machen und ihren festen Entschluß kundgeben, eine bessere Maßregel haben zu wollen, als die gegenwärtige Bill, welche nur dazu dienen würde, künftigen Fortschritten einen Kiesel vorzuschleichen.

In Zusammenhang mit dieser Maßregel finden wir, daß eine zahlreiche und einflußreiche (?) Deputation der vereinigten Arbeitgebergesellschaften beim Premierminister Audienz nahm, um sich dem weiteren Fortschreiten der Bill zu widersetzen. Das erste Mitglied der Deputation, welches sprach, war Herr R. Baxter, welcher die Vergewerks-Assoziation von Großbritannien vertrat. Er sprach für die Vergewerks-Assoziation von Süd-Yorkshire, welche eine jährliche Produktion im Werthe von 68,000,000 Pf. St. repräsentirt und 500,000 Mann beschäftigt. Er konstatiert, daß im Durchschnitt innerhalb 12 Monaten von fünf Mann je einen ein Glücksfall treffe, das heißt, daß bei einer einzigen Brande und in einem einzigen Distrikt in einem Jahre 100,000 Mann von Unfällen betroffen werden. Kann es etwas schrecklicheres

geben, als einen solchen Stand der Dinge? 100,000 Menschen erleiden Unfälle bei der Erzeugung eines Reichthums von 68,000,000 Pf. St., und man verweigert ihnen jede Entschädigung!

Ohne Zweifel wird man noch viele „Reformen“ ins Leben rufen, alles aus Geradewohl, ohne irgend eine Frage zu lösen, da man in jedem Falle sich nach der Opportunität und nicht nach Prinzipien richten wird. Man wird sich bemühen, ganze und gerechte Maßregeln zu hindern und sich mit einer leichten Milderung der bestehenden Uebel begnügen, in der Hoffnung, das Volk damit auf eine Weile zufrieden zu stellen.

Aber diese Art der Gesezgebung übt einen schädlichen Einfluß auf alle Klassen der Gesellschaft. Sie verhindert diese, die Erkenntnis von Grundsätzen zu erlangen und führt sie dazu, Ansichten und Grundsätze zu verwechseln. Sie verhindert jedes Streben nach Gerechtigkeit, lähmt alle Bemühungen zur Verbesserung der Lage des gesammten Landes. Das Wohl der Menschheit erscheint ihnen dann als eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung, die außerhalb ihrer Ermögungen liegt. Eine Handlung, welche auf dem Pflichtgefühl beruht, kennen sie nicht und sind verwundert darüber, daß es ein Volk geben soll, welches eine größere Freiheit verlangt als die, deren sie sich selbst im „glücklichen“ England erfreuen.

Im Ganzen und Großen kann ich nichts Gutes für die arbeitenden Klassen vom neuen liberalen Ministerium erwarten, weder in politischer, noch in sozialer Beziehung. Die Regierung kann und wagt es nicht, weder in der inneren, noch in der äußeren Politik, sich auf die Höhe eines großen Prinzips zu erheben. Und das Volk, aufgewachsen inmitten von elenden Kompromissen, erzogen in der Gemeinheit der Opportunität, strebt nicht an, als bloße Modifikationen der Tyrannei. Aber ein bloßer Wechsel in der Person des Tyrannen macht den Sklaven nicht frei. Nicht ein bloßer Formenwechsel, nein, nur die völlige Vernichtung der Tyrannei kann allein die den Reichthum erzeugenden Klassen zu der Stellung in der Gesellschaft erheben, zu der sie ein Anrecht haben und nach der sie unabhängig streben sollten.

Birmingham, 9. Juni 1880.
J. Stetley.

Die Schigiriner Affäre.

Der Bauernverein „Tainaja Duschina“ (Geheime Gesellschaft.) Versuch einer revolutionären Organisation im Volke.

(Fortsetzung.)
Von Petersburg zurückkehrend, sollte ich den Bauern vorlegen: 1) „Eine geheime allerhöchste Urkunde“ und Statuten des Bauernvereins: Tainaja Duschina“. Die Urkunde enthielt einen Aufruf, richtiger einen Befehl im Namen des Jaren an die Bauern; geheime Verbindungen einzugeben zum Zweck der Erhebung gegen den Adel (die Gutsbesitzer). Folgender Gedanke wurde in ihr entwickelt: Der Jar habe von Beginn seiner Regierung an für das Wohl der Bauernschaft gesorgt, aber immer den nöthigen Widerstand von Seiten des Adels gefunden. Durch das Manifest vom 18. Februar 1861 habe er den Bauern nicht nur die persönliche Freiheit, sondern auch alle Ländereien zu persönlicher Nutzung geschenkt, allen Volksschichten einen gleichen Antheil zuwendend (die Meereien der Adligen gehören ihnen — meint das Volk). Aber die Herren (Bauern) verhinderten die Verwirklichung des Jarischen Willen seinem vollen Umfange nach und wählten es durch alle möglichen Intriguen und Betrügereien dahin zu bringen, daß die Bauern nahezu in der alten Lage blieben. Sogar in seiner Familie keine Gekommungsgenossen zählend (der Kronprinz sei für die Adligen) und überall von Feinden umgeben, sei endlich der Jar zur Ueberzeugung seiner absoluten Machtlosigkeit, zu Gunsten der Bauern allein etwas thun zu können, gekommen und schlage deshalb den Bauern vor, selbst für ihre Interessen zu kämpfen, zu welchem Zweck er der Bauernschaft beistehe, geheime Verbindungen, „Tainaja Duschina“ genannt, einzugeben und Streitkräfte vorzubereiten zum bevorstehenden Aufstand gegen den Kronprinzen, gegen die Großfürsten, den Adel, die Bureaukratie und die Pfaffen. Die geheimen Gesellschaften müßten nach dem vom Jaren genehmigten Statut organisiert werden. An der Spitze einer bestimmten Zahl von geheimen Gesellschaften stehen Kommissäre, die das Zentrum der revolutionären Verwaltung ausmachen — „der Rath der Kommissäre“. Der Jar gebiete, auch nach seinem Ableben die Sache der Bauern fortzuführen und zu Ende zu führen. — Das ist der Hauptinhalt der „Allerhöchsten geheimen Urkunde“. Gedruckt war dieselbe auf einem großen Bogen Briefpapier mit dem goldenen Siegel: „Imperator Alexander II.“

Das Statut der „Tainaja Duschina“ enthielt sechs Paragraphen. Im Auszug ist ihr Inhalt folgender: 1) Die Pflichten der Kommissäre (s. d. Befehle in der Zeitung und Benachrichtigung der Vereinsangehörigen (eines bestimmten Kreises), in der Herbeischaffung von Geldern, in der Herausgabe von Statutenergänzungen, die zusammen mit der Statute auszuarbeiten sind. 2) Die Pflichten jeden Mitgliedes. Jedes eintretende Mitglied leistet einen Eid der Treue und wird nur unter Bürgschaft aufgenommen. Die Vereinsmitglieder sind verpflichtet, einander in der Noth beizustehen; jeder muß eine Lauge haben, dieselbe bis zum Moment des Aufstandes anzubehalten, allmonatlich 5 Kopelen (zwei 10 St.) in die Vereinskasse entrichten und unentgeltlich neue Mitglieder zu werden suchen. 3) Mitglieder bilden eine Starosta und wählen einen Kestien (Starosta) aus ihrer Mitte. 4) Die Pflichten des Starosta. Derselbe beaufsichtigt die laufenden Angelegenheiten seiner Starosta, sammelt die Beiträge, bereidigt die neu eintretenden Mitglieder, sorgt für die strengste Geheimhaltung des Vereins; er wird auf drei Monate gewählt. 5) Die Pflichten des Hettmanns. Alle Starosten und Hettmannschaften bilden eine Zentralverwaltung oder Rada. 6) Die Pflichten des Hettmanns. Aus den Kestien (Starosta) wählt die Rada den Hettmann, welcher eine vermittelnde Person zwischen dem Verein und dem Kommissar ist. Der Hettmann ist, so zu sagen, die Exekutivgewalt, die Rada — die gesetzgebende Körperschaft. 7) Der Kaiser, gewählt wie Voriger, verwaltet die Vereinsgelder. Am Ende des Statuts befindet sich die Eidformel und die Formel der Ableistung derselben: „Vor dem Bilde des Heilands, dem Evangelium, einer brechnenden Kerze und zweier kreuzförmig zusammengelagter Lanzen oder Messer (Dolche)“. In der Mehrzahl der Exemplare war vor dem Statut die Urkunde abgedruckt. Auf jedem Statut war das Verzeichniß des Rathes der Kommissäre aufgeführt, deren Namen eine Lauge und eine Art, in gegenseitiger Kreuzung, darstellte. Der Text des Eides war separat abgedruckt.

Schon im Juni 76 war ein Schreiben von mir nach dem Dorfe Schabenskand gefandt worden, dahin lautend, daß der Ausgang meiner Mission günstig sei und daß ich überaus wichtige Dokumente mitbringe“. Dieses Schreiben wurde von den Dorfgenossen auch den Kijewern mitgetheilt. Die Erwartung steigerte sich in hohem Grade und als ich, leider erst im November 76, aus Petersburg nach Kijew kam, begrüßten mich die Bauern mit großen Freuden. Bei der Zusammenkunft (9 Personen waren da, die übrigen kehrten schon nach Hause zurück) erklärte ich, den Kaiser gesprochen und von ihm ein Dokument erhalten zu haben, welches ich aber nur dann vorlesen würde, wenn mir das Versprechen gegeben werde, daß sie Alles geheim halten werden. Bereitwillig gingen die Bauern darauf ein. Hieran entfaltete ich die Urkunde, las sie vor, erklärte jeden Satz und forderte dann die Anwesenden auf, sich zu organisiren, zum Zwecke des Aufstandes, zur Errichtung des Gemeinheitsrathes. Augenscheinlich erwarteten die Bauern nicht dergleichen und gaben mir keine Antwort. Erst am folgenden Tage erklärten sich 3 bereit, sofort

*) Das Schreiben war der Frau B. gedruckt. Die Pörschliantz bemerken, daß ein Mensch zu der Frau kam und ein Papier (Brief) vorles; nach einigen Minuten erschienen die Bejirkebeamten, aber schon zu spät. Mehrere Personen, noch Schreiben war zu finden.

den Eid zu leisten; ich erbatte ihnen aber den Rath zuvor, auch die übrigen dazu zu bewegen. Nach einigen Tagen erklärten sich Alle einverstanden, mit Ausnahme eines Einzigen. Sie forderten von mir, daß ich mit gutem Beispiele vorangehe, zuerst schwören sollte. Ich erklärte ihnen die Worte des Eides und erfüllte ihre Forderung. Nachdem ich den Bauern den Sinn des Eides hatte wiederholen lassen, ging er zur Vereidigung über; wobei der Eine (ein alter Mann) wollte immer noch und nur die dringende Ueberredung der Uebrigen, die zum Theil sogar einen drohenden Charakter annahm, veranlaßten ihn, sich zu betheuern und niederzuknien.

Ich verordnete darauf einige Versammlungen dazu, die vom Statut aufgegebenen Pflichten auseinander zu setzen. Den Plan im Allgemeinen begriffen sie sofort, manche Einzelheiten dagegen nur mit großen Schwierigkeiten (z. B. die Bedeutung der Parole). Dafür gaben sie selbst mehrere praktische Winke: Einige mit Hinzulegung der Feidarbeiten verknüpfte Funktionen meinten sie, werde man vernachlässigen; das Trinken werde sicherlich vom Uebertreten der geheimen Gesellschaft führen; um legitimen Aufstand zu bewerkstelligen, beachtete die Bauern, sobald die Druschina zahlreicher geworden sei, die Zahl der Schichten durch Gemeindefestsetzung zu beschränken. Aus dem Statut erkannten die Bauern, daß die Hauptpflicht eines Mitgliedes in der Werbung von neuen Mitgliedern bestehe; daraus folgerten sie die Nothwendigkeit, sich nach Hause zu begeben. Die Polizei hatte sie schon früher öfters zu bewegen gesucht, die Instruktionen (für die Parzellirung) zu unterschreiben, resp. unterschreiben zu lassen. Hierbei wird von einem des Schreibens Unkundigen gefordert, entweder selbst unter das betreffende Protokoll ein Kreuz zu setzen oder aber einem des Schreibens Kundigen die Hand zu reichen; die Unterzeichnung durch und mit einem Kreuz wird von den Bauern für religiös bindend gehalten, und hatten die Bauern deshalb auch bisher die Unterschrift hartnäckig verweigert und lieber auf die ihnen im Fall der Unterschrift freischwebende Heimkehr verzichtet. Ich erklärte ihnen nur, daß einerseits eine einfache Unterschrift „ohne Kreuz“, nach dem von ihnen geleisteten Eide keinen bindenden Charakter mehr haben könne; andererseits aber sei unter ihnen kein des Lesens und Schreibens Kundiger, was doch den Erfolg ihrer Thätigkeit als erster Propagandisten der Tschaika Druschina unbedingt hindern müsse. Ich rieth ihnen deshalb, daß wenigstens einer von ihnen dem Polizeimeister das (scheinbare) Einverständnis mit der „Parzellirung“ und „Unterschreiben“ erkläre, und wenn man dabei kein Kreuz fordere, diese Fiktion auch zu vollziehen, aber nur zu dem Zweck, um nach Hause gehen zu können, dort einen Vertrauenswürdigsten des Lesens und Schreibens Kundigen in die Angelegenheit einzuweisen und hierher zu bringen. Dazu erbot sich L. Mit Jubel erzählte er mir Tags darauf, daß, bevor man seinen Namen unterschrieben, von ihm wieder das Unterschreiben mit einem Kreuz, nach sogar der Handschlag gefordert worden.

Ich war außer Stunde, sofort mit L. nach Schabetski zu gehen. Mit gedruckten Exemplaren des Statuts und der Eidformel ihn verfolgend, beauftragte ich L., selbst zu agitieren und verließ nach 2 Wochen nach Tschelkoff zu kommen, wo L. mich zu erwarten und ein Versammlungsort im Voraus vorgeben sollte. L. erwartete ungeheuren Erfolg von der Sache und zeichnete sich überhaupt durch seine optimistischen Anschauungen aus; sanft und vertrauensvoll, liebte er die allegorische Ausdrucksweise; seiner bildlichen Sprache mangelte gewöhnlich die Klarheit, aber gerade diese Eigenschaften wirkten begünstigend. Der Bauer fügte sich leicht, von der geheimnißvollen Art hingezogen, in welcher L. den Ausgang aus der qualvollen Lage ihm schilderte. Bei L. bemerkte ich absolut keine eigennütigen Absichten auf die bevorstehende Vertheilung an der Sache; sein Benehmen zu mir war einfach, enthielt nichts von Erniedrigung gegen die Bedeutung meiner Person, was von den andern Bauern nicht gelagt werden konnte. Mit einem Worte, L. konnte ein ausgezeichneter Propagandist und Agitator, aber kaum ein guter Organisator werden.

Ich konnte nicht zur festgesetzten Zeit nach Tschelkoff kommen. In dessen war L. nicht unthätig, griffen die Gemeindegewaltigen, als den am meisten Zusammenhaltenden, verbreitete sich bald genug das Gerücht, daß L. erfreuliche Nachrichten mitgebracht. Die Bauern kamen von selbst und erforderten ihn „einzusehen“. Wohin ihr, Entsetzten, geht, dahin führt auch uns; zusammen haben wir geitert, zusammen wollen wir auch sterben“. In einer finsternen Nacht versammelte er circa 300 Mann auf einer Steppe, in einem unterwühlten Grabhügel („Safengrab“ genannt). Bei Vorkenntnisbeleuchtung las ein Gramotnik (des Lesens und Schreibens Kundiger) das Statut vor und alle 300 wurden darauf auch gleich vereidigt. Diese Thatsache wurde aber den Bauern schnell bekannt und zwar auf folgende Art: Ein gewisser L., früher Dorfschreiber, wohnte der Versammlung im Kosakengrab auch bei und wurde, von all dem Gehörten und Wahrgenommenen bestig erklart, wahrhaftig. Er meldete sich zum Popen (Geistlichen) und suchte ihn dafür, daß er die Bauern immer entrede, das Parzellenstatut anzunehmen, während der eigentliche Wille des Jaren ein anderer sei. L. habe den richtigen jarchen Was gebracht und, mit Orden voll geschmückt, mit dem Säbel in der Hand, dem Popen vorgelesen. Wie zusammenhanglos das Geschwätz auch war, merkte doch der Pop, daß im Dorfe etwas Unheimliches passirt. Die Sache kam zur gerichtlichen Untersuchung, aber da die Hausnachrichten erfolglos blieben und Niemand die Worte des Unkluglichen behauptete, wurden letztere einfach als Fieberfantasten eines Wahnsinnigen aufgefaßt.

Von den in Kijew gebliebenen Mitgliedern in Kenntniß gesetzt, eilte ich nach Schabetski, um so mehr, da ich den angeklagten Beschuld nicht gehabt hatte. Zwei Kijewer Mitglieder (die nach L.'s Beispiel „des Kreuzes“ nicht mehr zu fürchten hatten) sandte ich im Voraus mit einem Rundschreiben an die Druschina im Allgemeinen und an L. im Besonderen; letzteren bat ich, ein geschütztes Versammlungsort zu besorgen und nach Kijew zu kommen, um mich abzuholen. L. kam; nach seinen Worten hatte mein Schreiben so belegend gewirkt, daß in einigen Tagen die Zahl der Mitglieder auf 500 gestiegen war. Natürlich war dieser schnelle Erfolg nur ein quantitativer; einige, wie ich mich nachher überzeugte, begriffen das Statut nicht ganz; auch an solchen fehlte es nicht, denen sogar das Ziel der geheimen Gesellschaft nicht einleuchtend war. Diese letzteren ergaben sich einfach der magischen Wirkung der für den Bauer so bedeutungsvollen Worte: „Land und Freiheit“, und der im Statut erwähnte Name des Jaren wurde von ihnen so gedeutet, daß Jeder, der den heiligsten Eid geleistet hat, vom Jaren Land und Freiheit bekommen werde.

(Schluß folgt.)

* Herr Most hält sein, dem allgemeinen Willen der Partei auf Befestigung der durch ihn hervorgerufenen und genährten Streitigkeiten entgegengesetztes Trogwort: Keine Aenderung, kein Einlenken, keine Rücksicht, keine Einigkeit — gewissenhaft: das muß ihm der Neid lassen. Seit er in der Schweiz gewesen, wo ihm vor öffentlicher Versammlung in Zürich in sechs Nachstunden so nachdrücklich die Wahrheit gesagt wurde, daß er vollkommen niedergeschmettert war und trotz seiner bekannten Redekunst kein Wort der Rechtfertigung zu finden mußte; seit er unter dem vernichtenden Eindruck der traurigen Rolle, die er als Angeklagter da gespielt, wo er als Ankläger aufzutreten sich vermaßen, auf einen Augenblick mit dem Muth auch den Trost vergessen und sich Zeit zur Ueberlegung erbeten hat: seitdem irret er es ärger als je zuvor. Eine Nummer überdietet die andere an wüthendsten Ausfällen nicht nur gegen die deutsche Sozialdemokratie und die einzelnen deutschen Parteigenossen, sondern gegen die sozialistischen Bestrebungen und Parteien aller Länder, soweit sie sich nicht mit seinem Thun und Treiben unbedingt einverstanden zeigen. Letzteres ist aber schon seit langem — seitdem die ausländischen Genossen durch den „Sozialdemokrat“ zur Beurtheilung der Sachlage in den Stand gesetzt sind — immer seltener der Fall gewesen und hat in letzter Zeit, nachdem die schroffe Abweisung des vom „Sozialdemokrat“ angenommenen Vermittlungsvorschlags und daß jeder Rücksicht ledige Ausraster Most's für jeden auch noch so fernstehenden vollständige Klarheit über den Hort der Zwietschkeit geschaffen, ganz aufgehört.

Infolge dessen beginnt sich seit dem Tadelvotum des belgischen Parteikongresses ein sozialistisches Organ nach dem andern offen und entschieden gegen den unterbesseren, gewissenlosen Zwietschkefistler zu wenden. Das niederländische Parteiorgan „Recht voor Allen“ legt (Nr. 14 und 15) die Schuld Most's klar dar; die Pariser „Egalité“ veröffentlicht in Nr. 22 einen einstimmig gefaßten Beschluß des Redaktionsausschusses, wodurch Most wegen einer „mehr oder weniger sozialistischen“ (Notiz*) gegen die Kommunedemonstration des 23. Mai von der bisherigen (nominellen) Mitarbeiterschaft ausgeschlossen wird; der Genfer „Volkswil“ endlich erklärt (Nr. 12) mit klärender Geradheit: daß für ihn Most „schon längst aufgehört habe, den Namen eines Sozialisten zu tragen, und daß der einzige Platz, den er noch ausfüllen könne, der eines Berliner Polizeispions sei.“

Die neueste Nummer (25) der „Freiheit“ aber wird den ausländischen Sozialisten die Augen noch vollends öffnen. Wir heben aus der Fülle des in ihr wieder enthaltenen Angriffs-, Verläumdungs- und Beschimpfungsmaterials nur dreierlei kurz hervor.

Man erinnert sich der sympathischen Aufnahme, welche der Beschluß des jüngsten belgischen Parteikongresses auf Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses zur Vereinigung der Sozialisten aller Richtungen und das dahin gerichtete namens der deutschen Partei erlassene Begrüßungsschreiben des „Sozialdemokrat“ unter den Parteigenossen allerwärts gefunden. Nicht nur die schon früher für eine solche Verbrüderung eintretenden Genossen, sondern auch Männer, welche noch vor wenigen Jahren eine Vereinigung für schädlich hielten und ihr aufs entschiedenste widerstrebten, wie Andrea Costa, P. Brouse und andere Anarchisten erklärten sich für den Vorschlag der belgischen Brüder. Herr Most aber erklärt sich sofort, wie gegen jede Vereinigung, jede Zusammenfassung zu einem organischen Ganzen, so auch gegen den Weltkongress. Und zwar thut er das nicht etwa mit sachlichen Gründen, sondern in seiner gewohnten, lediglich durch persönliche Gründe diktierten Manier. Auf dem Kongress könne nur zweierlei geschehen: Entweder würden die Vertreter der verschiedenen Gruppen und Länder „ganz kapuzinermäßig über einander herfallen“ und den ihren entgegengesetzten Meinungen kein Quia aufgeben; dann wäre der Kongress ein Skandal und Geldvergeudung. Oder man schicke wirklich einen Verbrüderungspakt und halte ihn, dann verleihe (!) die sich dem Gesamtwillen fügende Minderheit ihre Gesinnung und alles löse sich in einen „Vertumpungsprozess“ auf. Es bestehe ohnehin schon ein internationaler „Literatenring“ (d. i. der brüderliche Verkehr der sozialistischen Presse aller Länder), vor dem die „revolutionären“ Schriftsteller (nämlich Herr Most) nicht die Segel streichen dürfen; die angestrebte „liebe Einigkeit“ sei nichts als „Gesinnungslumperei“. Die Arbeiter dürfen deshalb nicht für einen solchen „Humbug“ eintreten. — Das ist alles, was zu den erhebenden Vereinigungsbestrebungen der Sozialisten aller Länder derselbe Herr Most zu sagen weiß, der die Spalten der „Freiheit“ nicht oft genug mit dem von ihm „verbesserten“ kommunistischen Manifest mit seinen goldenen Worten: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ anzufüllen weiß. Könnte sich ein gegnerisches Organ anders ausdrücken? Wer Verstand hat, denke.

Weiter nennt Herr Most in einer Erwähnung der (in unserer heutigen Nummer mitgetheilten) Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gegen Hasselmann die Anklage, daß diese Erklärung (als Flugblatt) zu Gunsten der Opfer des Sozialistengesetzes verkauft werde, einen „Speck“, d. h. einen Schwindel und Betrug, und fragt höhnisch: ... wie viel wohl unter diesen Mosten schon zusammen geschnorrt sein mag, ohne daß je eines Menschen Auge eine Abrechnung gesehen hat.“ Diese Anklage kann nicht anders denn als eine schamlose Niedertracht und die Krone aller bisherigen Gemeinheiten bezeichnet werden. Man erwäge: Seit Jahresfrist hat Herr Most selbst, d. h. in der „Freiheit“, noch keinen Pfennig für die Opfer des Sozialistengesetzes gesammelt — er kennt bloß Sammlungen für seine Sonderzwecke, d. h. für die denselben dienende „Freiheit“. Nicht genug aber hiermit, sucht er auch noch die von der deutschen Partei gemachten Kräfteanstrengungen (die Sammlungen ergaben ausweislich unserer letzten Nummer bisher über 15,500 Mark) zu verdächtigen und damit zu vereiteln, so daß, wenn er irgend welchen Einfluß besäße, die Sammlungen geschädigt und die Opfer des Sozialistengesetzes, deren Unterstützung jeder echte Sozialist, ja mancher Ehrenmann einer andern Partei, als eine Gewissenspflicht betrachtet, gänzlich hilflos gemacht würden! Diesen eminenten Polizeidienst zu thun, hindert Herr Most weder sein angeblich „allein echter revolutionärer Sozialismus“, noch die ihm wohlbekannte Thatsache, daß die Unterstützungen aus dem genannten Fonds bisher gänzlich ohne Rücksicht darauf gegeben wurden, ob der Unterstützungsbefürzte im Dienste der Partei oder bei den derselben meist fremden Agitationen der „Freiheit“ zu Schaden gekommen war. Sollte Herr Most das auch gleich manchem andern „vergessen“ haben, so möge er sich z. B. einmal nach den Aufbringern der Kosten des Altonaer „Freiheits“-Prozesses sowie nach den an seine nächsten Mitarbeiter geflossenen Unterstützungen erkundigen. Doch weiß ja Herr Most natürlich sehr wohl, was es damit sowie mit der Berechnung der Sammelgelder und manchem andern für eine Bewandnis hat, und es handelt sich lediglich um gewerbsmäßige Zwietschkefistung, Verläumdung und Schädigung der Partei, die man haßt, weil sie sich nicht von einem beliebigen Hans Dampf leiten und zu jeder Unüberlegtheit und Verächtlichkeit hinreißen läßt, sondern ruhig ihre, durch Prinzip und Verhältnisse vorgezeichnete, Bahn wandelt. Was ist aber von einem Menschen, der aus verletzter Eitelkeit und ungezügelter Großmännlichkeit, wenn nicht aus noch schlimmeren Beweggründen, so gewissen- und schamlos, so verrätherisch handelt, zu halten? Das mögen sich die Genossen selbst beantworten.

Nun nur noch eins. Wie Herrn Most bei seinem einzigen Ziel, der Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie und aller mit ihr Sympathisirenden und Gleichstehenden, jeder Kampfgenosse willkommen ist, möge derselbe auch noch so anrühlig sein, zeigt

* Most erklärte nämlich die von der Pariser Polizei so schmähsch vergewaltigten sozialistischen Demonstrationen für Polizeispion und und behauptete, daß an diesem Tage nicht das Ständrecht proklamirt gewesen, weil dann „die Welt um einige Schritte ärmer wäre“.

ein in letzter Nummer der „Freiheit“ enthaltener Bericht aus Zürich. Derselbe rührt geständigermaßen von einem Menschen namens Schauffert her, der gar kein Sozialist ist, noch vor kurzem Redakteur eines bayerischen konservativen Blattes war und nach seinem eigenen Geständnis und erweislich zu der Münchener Polizei in Beziehung stand. Dieser Mensch, der noch nicht nachgewiesen, daß er diese Verbindungen gelöst, vor dem deshalb auch die Genossen allerwärts gewarnt werden, wurde aus den genannten und noch anderen Gründen vom „S. D.“, an den er sich gleich bei seiner Ankunft in der Schweiz herandrängen wollte, kurzweg abgewiesen und als er sich dann durch die Unvorsichtigkeit einiger Genossen in eine Sektion des schweizerischen Arbeiterbundes, den deutschen Verein zu Zürich, einzuschmuggeln verstanden hatte, von dem Internationalen Arbeiterverein, Sektion Zürich, bis zur Beendigung einer eingeleiteten genauen Untersuchung über sein Vorleben aus den Versammlungen gewiesen, worauf es der saubere Patron vorzog, schleunigst aus dem genannten Verein wieder auszutreten und dadurch der trophenden Untersuchung aus dem Wege zu gehen. Auf die mit einer ebenso pyramidalen Unkenntnis der Thatsachen und skrupellosen Lügenhaftigkeit geschriebenen Ausführungen jenes Berichtes einzugehen, fällt uns natürlich nicht ein; überwiegt doch bei uns wie in den Züricher Sozialistenkreisen der humoristische Eindruck, den er auf jeden der Sache Kundigen machen muß, bei weitem. Aber die Aufnahme der Schreiberei in die „Freiheit“ zeigt aufs neue, mit welcher bodenlosen Leichtsinns und welcher Gewissenlosigkeit Herr Most die „Freiheit“ jedem beliebigen ihm Unbekannten, Stänker oder Lumpen, öffnet, wenn er nur die deutsche Sozialdemokratie und die mit ihr zusammenhängenden Bestrebungen und Personen anseindet. Wenn Herr Most da öfters Erfahrungen à la Lehmann-Paris macht, so ist daran gar nichts Wunderbares.

Und ein Mensch, der solches thut, hat die Stirne, sich nicht nur einen Sozialisten, sondern den „einzigen edlen Sozialisten“ zu nennen und die Arbeiter vor der „Vertumpung“ der Führer, d. h. aller irgendwie hervortretenden deutschen Genossen warnen zu wollen. Es ist wahrlich Zeit, daß der bisherigen unerdienten Langmuth der Partei gegenüber diesem Treiben ein Ziel gesetzt werde.

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

* Der Reichsgewaltige setzt — wie es sich in „seinem“ Reich nicht anders gehört — wieder einmal, trotz Sträuben und Ach der Mehrzahl der Besehligten, seinen allmächtigen Willen durch. Die edlen Nationalliberalen, welche der famosen Firchendorflage wochenlang ihr „unannehmbar“ zugerufen, haben auch diesmal, wo es selbst wenig vertrauensseligen Deuten kann: möglich schien, das oft praktizierte Kunststück des Abschwenkens vor der dritten Lesung mit gewohnter Eleganz erkräftigt und werden im Gefolge ihres Herrn und Meisters nach dem so oft verfluchten Canossa marschieren. Und Sozialisten kann es natürlich ziemlich gleichgültig sein, ob ein paar Pfaffen mehr oder weniger in Deutschland sind und ob ihre Schwindeleien mehr oder weniger „geföhlich“ geduldet und gefördert werden. Wir werden mit ihnen i. B. so gut fertig werden, wie mit ihren politischen und ökonomischen Unterdrückungsgenossen!

Herr Hasselmann hat bekanntlich in seiner neulich erwähnten denunziatorischen Aufforderung zur Verdeckung seiner Insamie behauptet: daß Sammlungen für die Familien der Ausgewiesenen nicht verboten seien und daß deshalb die Einsammler der betr. Beiträge wohl öffentlich Rechnung stellen könnten (Herr Most behauptete neuerdings dasselbe). Nun, die Berliner Polizei hat zu diesen Behauptungen eine treffende Illustration geliefert. Es ist gewiß, daß von den neuerdings sich wieder mehrenden Ausweisungen meist die Genossen betroffen worden, die für die bereits ausgewiesenen Gesinnungsgenossen Gelder gesammelt haben. Nun wurde zwar bei der letzten Berathung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag ein Amendement eingebracht, wonach dieses Sammeln von Geldern nicht unter die Strafbestimmungen des Gesetzes gestellt werden soll, dasselbe wurde jedoch vom Hause abgelehnt. Freilich sprach sich der Minister des Innern, Graf Eulenb., dahin aus, daß „nur in sehr flagranten Fällen“ von diesen Strafbestimmungen Anwendung gemacht und überhaupt hierin eine milde Praxis ausgebaut werden solle. Jadesen hat diese Erklärung keinerlei bindende Kraft und wie sie gehalten wird, zeigt die obige Thatsache, die sich bei der gemeinen Brutalität der Polizei leicht voraussehen ließ. Die Genossen werden sich auch indessen darauf einzurichten wissen.

Der bekannte Altonaer Sozialistenprozess ist endlich in zweiter Instanz entschieden worden und zwar in Folge des maßgebenden Spruches des Reichsgerichtes ungünstig für die (vorher freigesprochenen) Angeklagten. Dieselben wurden schuldig befunden, durch ein gemeinsames Abonnement eines verbotenen Blattes letzteres „verbreitet“ zu haben, und eis von ihnen mit je vier Wochen Gefängnis bestraft, während zwei freigesprochen wurden. Zwei in diesem Prozesse Verurtheilte, die Tischler Petersen und Eichler, welche in Hamburg ihren Wohnsitz haben, sind auf Veranlassung der Altonaer Polizeibehörde sofort wieder verhaftet worden, da sie dringend verdächtig seien, Gelder für sozialistische Zwecke gesammelt und verbotene Zeitschriften wieder verbreitet zu haben. Außerdem wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ein junger Mann verhaftet, der, in einer Troschle fahrend, verbotene Schriften vertheilt haben soll. Im Anschluss hieran wurden viele Hausdurchsuchungen und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Weiteres abzuwarten.

Die in Mannheim wegen einer angeblichen „Kongress-versammlung“ gegen eine Anzahl Genossen eingeleitete Untersuchung ist wegen gänzlichen Mangels an Beweisen eingestellt worden. Die edle Polizei hat doch verdammt wenig Glück mit diesen verfluchten Sozialdemokraten!

Berlin, 17. Juni. Die Reaktion fordert ihres Opfer! Wiederum sind acht unserer Parteigenossen den Wahrgesetz des Verlegungsstatutes zum Opfer gefallen: Zimmerer W. Grell, Maurer Schfer, Mechaniker J. Heiland, Bäcker Scher, Klempner Karl Hoyer, Schneider Fdler und

